

Danziger Zeitung.



Nr 7465.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Poststellen werden in der Expedition (Kettwigerstrasse No. 4) und anderorts bei allen Kaiserl. Postbeamten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 Pf. — Auswärts 1 R. 20 Pf. — Inland, pro Welt-Zeile 2 Pf., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, C. Heineyer und Sohn, Rosse; in Leipzig: Eugen Hoff und Söhne; in Hamburg: Hasenstein & Vogler; in Frankfurt a. M.: G. L. Dauke und Sohn, Jäger'sche Buchhandlung; in Hannover: Carl Schäfer; in Elbing: Neumann-Hermann's Buchhandlung.

1872.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Frankfurt a. M., 16. August. Nach einem Telegramm des „Frankfurter Journal“ aus Fulda vom heutigen Tage wird die nächste Conferenz der deutschen Bischöfe dafelbst am 17. September stattfinden. Die Tagesordnung der Versammlung ist noch unbekannt.

Gotha, 26. August. Dem Professor Dr. Petermann hier sind direkte Nachrichten aus Hanau zugegangen, denen aufgegolte Capitän Altmann auf einem Segelschiff des Herrn Berger die ganze Ostküste Spitzbergens und das nördliche Eismeer bis zu König-Carls-Land vollständig eisfrei gefunden hat. König-Carls-Land ist von denselben näher untersucht und es ist dabei die für die Polarforschungen höchst wichtige Thatsache festgestellt worden, daß dafelbe aus drei größeren und mehreren kleineren Inseln besteht.

Wien, 12. August. Gegenüber den von verschiedenen Zeitungen gebrachten Meldungen, daß die Regierung den Termin zur Eröffnung der Reichstagsdelegationen vertagt habe oder vertagen wolle, verlautet von zuverlässiger Seite, daß eine solche Verschiebung des ursprünglich ins Auge gefassten Termins für Eröffnung der Reichstagsdelegationen nicht beabsichtigt werde.

Pest, 26. August. Der Kaiser wird am 1. September zu der an diesem Tage bevorstehenden Eröffnung des ungarischen Reichstags hier eintreffen. Am 3. September wird auch Staatsminister Graf Andrássy sich hierher begeben, um mit dem Sectionschef v. Hofmann, dem Hofrat Depon und Sectionsrat Barrik den Kaiser bei der am 4. September von hier erfolgenden Abreise nach Berlin zu begleiten. Am 5. trifft der Kaiser in Dresden ein, verbleibt dafelbst zum Besuch am sächsischen Hofe bis zum 6. Mittags und reist noch an demselben Tage nach Berlin weiter.

Belgrad, 26. August. Durch Verfolgung des Kriegsministeriums ist die Volksmitz aus dem Lager entlassen worden. — Während der drei Festtage herrschte überall die größte Ordnung und ist kein Unfall zu beklagen.

Czernowitz, 26. August. Seitens der rumänischen Regierung sind wegen der hier aufgetretenen Choleraepidemie für alle nach der Moldau Reisenden bis auf Weiteres Quarantänenregeln angeordnet worden.

Madrid, 25. August. Nachdem bis jetzt festgestellten Resultat der Wahlen legten die Kandidaten der radikalen und Regierungspartei in zwei Dritteln der Wahlbüros, während die Kandidaten der republikanischen und conservativen Opposition in dem andern Dritteln durchgebracht wurden.

Die Reform der preuß. Judengesetzgebung.

■ Berlin, 25. August. Allem Anschein nach wird in der kommenden Landtagssession unsere Kirchengesetzgebung an einem Punkt beginnen, auf welchen sich die öffentliche Aufmerksamkeit bislang noch am wenigsten gerichtet hat. Unserer Bureaukratie hat schon seit 1848 die Frage viel Kopfschmerzen verursacht, inneweit das kurz zuvor, 1847, unter Mitwirkung des Vereinigten Landtages erlassene Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden nach Emanation der Verfassungsurkunde noch zu Recht bestehet. Unter den verschiedenen Ministrern sind hierüber ganz entgegengesetzte Rezipiente ergangen. Darüber, daß die Bestimmungen des Gesetzes über Zulassung zu öffentlichen Amtsräumen, Gewerbetrieb, Führung der Handelsbücher, Naturalisation u. s. w.

G. Jubiläums-Betrachtungen.

Marienburg, I.
Auf den bewaldeten Uferhöhen der Nogat, da wo der Fluss in einer scharfen Biegung sich nach Osten wendet, stand, wie die Sage meint, in alten Zeiten eine heilige Eiche, das Heiligthum des preußischen Gottes Alhem. Polen und Wenden waren schon früh eingewandert und bildeten mit den Preußen eines Wissbold der Bürdner oder Werderer, das wir bei Vornames erwähnt finden, als der Ritterorden das Volk der Pomesanen in heissen Kämpfen unterwarf und eine Schaar deutscher Einwanderer, vorzugsweise aus dem Mecklenburgischen Lande, das Gebiet Alhem in Besitz nahm. Die heilige Eiche hatte nach der Sage schon lange vorher einem wunderbaren Marienbild Platz gemacht: Alhem heißt von nun ab Marienburg.

Ein Marienburger Pfarrer wird schon in einer Urkunde von 1255 erwähnt und es hindert nichts, auch die Entstehung der Ordensburg, vielleicht eines Notthauses, bis in dieses Jahr hinauf zu datieren, wenn auch die Chronisten sie fast einstimmig 25 Jahre später legen. Für die Gründung der Stadt haben wir in der erhaltenen Handsteine ein unumstößliches Beugniß; sie datirt vom 17. April 1276. Klein, aber würdig war der Kern, aus dem Marienburg sich entwickelte. Er umfaßte wohl kaum mehr als die beiden Häuserreihen, die den jetzigen Markt bilden, mit dem Rathaus und der Pfarrkirche, aber eben dieses Rathaus liegt noch heute Beugniß ab, welche Bedeutung man der neuen Gründung hat verleihen wollen. Mangold von Sternberg, der Böllerer des alten Schlosses, gab auch der Stadt 1280 ihre erste Befestigung, und zwischen dem Markte und der Westmauer entstand der zweite Stadtteil, die alte Fleischergasse, jetzt Schulgasse genannt. In Folge der Verlegung des Hochmeisters nach Marienburg nahm die Stadt einen solchen Aufschwung, daß ihr der Festungsgürtel bald zu enge wurde. Die alten Gräben mußten ausgefüllt werden, und nach Osten hin dehnte sich der Stadtbereich über die neu errichtete Neustadt mit dem Krahammer aus. Winrich v. Kniprode schuf die neue Befestigung mit

keine Gültigkeit mehr bestehen, kann freilich, besonders der neuen Reichsgesetz gegenüber, auch nicht der leiseste Zweifel bestehen. Anders aber verhält es sich mit den Bestimmungen des Gesetzes über die Cultusangelegenheiten der Juden. Minister Ladenberg erachtete 1849 diesen Abschnitt für gänzlich aufgehoben. Minister Hammer ihn 1852 für vollständig zu Reich bestehend. Minister Belmann-Holtweg vertrat 1860 eine Mittelauffassung. Insbesondere führte letzterer durch Rescript vom 27. Dezember 1860 aus, daß was die Staatsaufsicht betreffe, sich ein Widerspruch mit der Verfassung nur für die §§ 53–57 des Gesetzes annehmen lasse, welche für den Fall, daß in einer Synagogengemeinde separatische Spaltungen entstehen, den staatlichen Behörden eine Einwirkung vindizieren. Kann nämlich die Spaltung durch eine vom Minister in Berlin eigens für solche Fälle eingeführte Commission von Cultusbeamten oder anderen Männern jüdischen Glaubens nicht ausgegliedert werden, so hat der Minister unter Benutzung des von der Commission abgegebenen Gutachtens darüber Anordnung zu treffen, mit welcher Maßgabe entweder die Einrichtung eines abgesonderten Gottesdienstes oder die Bildung einer neuen Synagoge zu gestatten ist. Zugleich hat der Minister mit Ausschluß des Reichswege zu bestimmen, welcher die Synagogengemeinde verbreitet. Minister Hall beschäftigt nur diese Paragraphen durch Vorlage einer Novelle auch förmlich aus der Welt zu schaffen. Praktisch mögen auch die Juden an der Beibehaltung derselben kein Interesse haben. Wir zweifeln überhaupt, ob die Bestimmungen jemals angewandt worden sind. Desto mehr aber haben augenblicklich die Altkatholiken an dieser Frage ein praktisches Interesse. Das Unfehlbarkeitsdogma hat die im Jubengesetz vorgezeichneten Fälle in zahlreichen katholischen Gemeinden praktisch werden lassen. In der Königberger Gemeinde hat die Majorität der stimmberechtigten Katholiken Abhaltung altkatholischen Gottesdienstes in der Gemeindeskirche bzw. deren Wittbemühung verlangt. Pastor Dinter und Bischof Kreuzens haben dies verweigert. In Folge dessen haben sich die Altkatholiken beschwerde-führend an Minister Hall gewandt. Ob die von denselben angezogenen Paragraphen des Allg. Landrechts noch zu Recht bestehen, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Vermögen die Altkatholiken aber auf diesem Wege kein Recht zu führen und ist auch der Rechtsweg für solche Fragen ausgeschlossen, muß so bestellt offenbar für die Entscheidung einer großen Reihe nicht kirchlicher, sondern vermögensrechtlicher Fragen eine Lücke in der Gesetzgebung. Bevor man eine besondere Instanz für die Juden in dieser Beziehung anhebt, muß daher die Frage nothwendig erörtert werden, ob nicht für alle religiösen Corporationen eine solche Instanz mit geordnetem Rechtsweg gleichmäßig zu schaffen ist. Aber auch noch in anderer Beziehung läßt sich das Jubengesetz nicht antasten, ohne unfreiwillig gesammelte Kirchenrechtsgezegung in Fluß zu bringen. Das genannte Gesetz ordnet eine Staatsaufsicht über die Vermögensverwaltung der Synagogengemeinden an, so eingehend, wie etwa die Staatsaufsicht über die politischen Gemeinden. Vor Emanation der Verfassung bestand eben solche Staatsaufsicht auch der katholischen und der evangelischen Kirche gegenüber. Darüber, daß die Bestimmungen des Gesetzes über Zulassung zu öffentlichen Amtsräumen, Gewerbetrieb, Führung der Handelsbücher, Naturalisation u. s. w.

Juden gegenüber in Wegfall, während sie den Evangelischen gegenüber nur vorläufig bis zur Schaffung geeigneter kirchlicher Organe bestehen geblieben ist. Die Katholiken haben ihre Selbständigkeit gewahrt, den Juden gegenüber aber ist die alte Staatsaufsicht 1852 wieder in Kraft getreten. Das „Judenturk“ spielt auch heute bei allen Bezirksregierungen noch eine Rolle und füllt eine große Zahl von Altenfascikeln. Auch die neue Aera hat dasselbe bestehen lassen. Sie ging davon aus, daß diese Staatsaufsicht gerechtfertigt sei, weil die Synagogengemeinden nicht los einfache Religionsgesellschaften seien, sondern Corporationsrechte besäßen. Die Staatsaufsicht sei 1847 integrirende Bedingung der Erlangung von Corporationsrechten gewesen. Nun besitzt aber die katholische Kirche doch auch Corporationsrechte. Es ist darum nicht einzusehen, warum nicht auf die Freiheit, in deren Geiste die Letzterer sich befinden, auch die Synagogengemeinden einen verfassungsmäßigen Anspruch haben sollen. Entweder müssen also beide frei oder beide unsfrei gestellt werden. Dem Prinzip der Religionsfreiheit würde es gar nicht widerstreben, wenn auch der katholischen Kirche, soweit sie als Corporation Vermögensrechte geltend machen will, das Staatsgesetz gewisse Bedingungen auflege. Das Gesellschaftsrecht für Handelsgesellschaften im Handelsgesetzbuch widerstreitet ja auch dem Prinzip der Handelsfreiheit nicht. Wir zielen damit nicht auf Einführung bureaukratischer Maßregeln, wohl aber halten wir ein Gesetz für alle Kirchen für nothwendig, das nach dem Muster des Judenturk von 1847 alle Vermögensrechte auf die Gemeinde basirt und die Verwaltung der Kirchen gemäß einer aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Repräsentation der Gemeindeglieder überträgt.

Oesterreich wird die Reform seines unhaften Wahlgesetzes, kräftig dessen bekanntlich nach Corporationen, Interessen, Berufsständen gewählt wird, nicht länger aufschieben können. Die Presse beschäftigt sich heute dort mit dieser Frage und selbst Herr v. Lasser hat dabei das Wort ergreifen. Er sagt, daß die Wahlreform nicht nur einen der wesentlichen Punkten des ministerialen Programms und der Thronrede bilde, sondern sie wäre auch Gegenstand wiederholter positiver Erklärungen, welche der Regierung die Verpflichtung aufzeilegen, in der nächsten Reichsratssession einen fertigen Gesetzentwurf einzubringen. Es sei bisher nicht das Geingste geschehen, was eine gegenthilige Anschauung berechtigen und begründen würde. Daß an einem Wahlreformentwurf im betreffenden Konsortium vereinbart wird, erscheine selbstverständlich, es liege indes in der Natur der Sache, daß dieser Vorlage noch nicht die vielleicht erwünschte Publicität verliehen werden kann. Gegen die frühe Veröffentlichung des Entwurfs hat Lasser Bedenken, er fürchtet wunderbarweise die Discussion der öffentlichen Organe, die doch der Klärung der Ansichten nur förderlich sein könnte. Auch „Pester Lloyd“ kündigt an, daß eine Wahlreformvorlage ausgearbeitet sei und jedenfalls in der nächsten Session an den Reichsrath gelangen werde.

Die Politik, welcher in Frankreich jetzt ein anderes officielles Discussionsgesetz offen steht, hat sich in die Versammlungen der Generalräthe eingeschlichen, obgleich sie von dort geistlich verbannt worden ist. Nur sehr wenige Generalräthe haben ihre erste Sitzung nicht der Politik gewidmet. Die republikanischen Prääsidenten, welche einigenmaßen geschickt waren, begannen mit einer pomöpler Vorberührung des Herrn Thiers und gingen dann zu politischen Entwicklungen über, die sich in keiner Weise von denen unterschieden, die in der Nationalversammlung zu Versailles vorgetragen zu werden pflegten. Einige republikanische Präfecten und andere, welche, ohne Republikaner zu sein, Thiers schmeicheln, weil sie seine Macht sich befestigen sehen, haben auch politische Reden gehalten. So ist denn das Gesetz von 1871 überall verlesen worden, weil es ein für Frankreich unpraktisches Gesetz ist. Einem Generalrath, welcher danach strebt, einst Deputirter zu werden, verbieten zu wollen, politische Reden zu halten, heißt ungefähr so viel, als eine französische Frau verhindern zu wollen, coquett zu sein.

Unsere gestern ausgesprochene Vermuthung hat sich als richtig erwiesen: die Wahlen in Spanien bringen der Regierung bis jetzt einen vollständigen Sieg. Sowohl die legitimistischen Gegner derselben,

dem Marienbor im Süden, dem Heiligen-Geistbor, jetzt Töpferbor, im Osten. Aber die traurige Erfahrung, die man bei der ersten Belagerung 1410 mache, ließen eine stärkere Befestigung nothwendig erscheinen. Daher umgab Küchmeister von Sternberg Schloß und Stadt mit einem zweiten Gürtel und gegenüber dem Marienbor entstand ein neues Stadthor, Fährhor oder äußerer Marienbor genannt. Königsberg, oft bis in die Befestigungen hinein lagen sich die Vorstädte.

Unterdessen war an der Stelle, wo die Vorburg gestanden hatte, ein prächtlicher Bau emporgestiegen, der die Bewunderung von ganz Europa erregte: das Residenzschloß der Hochmeister. Nicht aus Granit, das Schloß in Oden, noch aus Marmor, wie das in Mailand, sondern aus dem trefflichen Thon, den diese Gegend in ausreichender Menge lieferte, war es erbaut, wie das alte Sprichwort sagt: Marienburg ex lato, Offen ex sazo, ex marmore Mailand. Den Namen des Meisters kennt keine Urkunde und auch Quasi's Vermuthung, daß ein Meister Jakob aus Mainz die Hochmeisterwohnung erbaut habe, vermag den Schleier nicht zu lösen. Jungfräulich, wie der Name der Burg, war ihre Schönheit, deren Büge jene drei Erbfeinde des Schönen: Ungehorsam, Roth und Zeit trog aller Tüme nicht haben verwischen können. Würdiger fast noch als diese Räume war das Leben, das sich darin entfaltete. Als hätte König Arthur hierher seinen Hof verlegt, oder als wäre die Sage vom Gralschlosse hier zur Wirklichkeit geworden, so strömte aus allen Enden Deutschlands, ja aus England und Flandern die ruhm- und thatenburste Ritterchaft nach Marienburg, um sich in edlem Ritterspiele zu messen, den Muth in wildem Kampfe zu stählen und durch Heidenblut den Himmel zu erkletzen. Den bewährten Manne wußte als vielgeehrter Preis die höchste Auszeichnung: der Ritterschlag von des Hochmeisters Hand. Da hätte man eine Nachbildung romantischer Dichtung mit Zuversicht erwarten können, wäre nicht ihr wesentlicher Factor, der Frauendienst, aus den Kreisen ausgeschlossen gewesen. So aber finden wir hier nur für biblische und historische Stoffe ein-

ges Interesse und auch dies scheint nicht groß gewesen zu sein, denn ein Verzeichniß der Marienburger Ordensbibliothek vom Jahre 1394 weist im Ganzen nur 12 deutsche Bücher auf, welche Zahl sich bis zum Jahre 1437 auf 19 vermehrt. Der Sinn des Ordens war mehr auf das Pratice gerichtet und daher fanden die ausbringenden Wissenschaften bei ihm eine günstigere Aufnahme. Die Medicin, die hier weniger als andernwo mit religiösem Vorurtheil zu kämpfen hatte, fand in dem Armenier Vorurtheil und dem berühmten Mathematiker Albanius würdige Vertreter. Die Leibärzte der Hochmeister hatten weiten Ruf und die Fürsten von Polen und Litauen zogen sie in geschilderte Krankheiten gern zu Rathe. Die Rechtswissenschaft insbesondere fand in Marienburg ihre höchste Ausbildung. Winrich zog die berühmtesten Rechtsgelehrten an seinen Hof und bildete eine förmliche Rechtsschule, in welcher die Ordensritter sich zu kundigen Richtern und geschickten Diplomaten herausbildeten.

Von den Fürstenhöfen und Städten Deutschlands erbat man sich in streitigen Fällen vom Marienburger Tribunal ein Gutachten, und weit verbreitet war das Sprichwort: Bist Du klug, so täusch die Herren von Preußen! Mit diesem geistigen Aufschwunge ging der materielle Wohlstand Hand in Hand. Der Schatz in Marienburg war in Alter Munde und gewahrte bald eine sagenhafte Ausdehnung. Schon vor der Ankunft des deutschen Ordens soll er da gewesen sein, und vor einem wunderbaren Schatzgewölbe machte man merkwürdige Beschreibungen. Schatzgräber durchwühlten in der Polenzeit wiederholt die Fundamente des Schlosses, ohne freilich etwas Anderes zu erreichen, als daß die Festigkeit der Mauern gefährdet wurde. Der „Pfeuning“ in einer Allegorie Suchenwirt's sagt von sich:

Ze Mergenburch mit lieber phleg
pin ich besezzen und beschlaust,
da pin ich wirt und wol behaust.

3060 Last Roggen und 53,000 Scheffel Hafer lagen im Jahre 1378 in den Schlossspeichern, und das Silbergeschirr auf der hochmeisterlichen Tafel erregte den Neid der Gäste.

Dass ein großer Theil des Glanzes auch auf die Stadt übergehen muhte, war natürlich. Na geistiger Bildung war sie den übrigen Städten bald voraus, und die lateinische Schule, die zunächst für die Bildungsweile des Ordens errichtet war, trug seit der Übertragung des Patronats an die Stadt zur Verallgemeinerung gelehrter Bildung wesentlich bei. Auch der materielle Wohlstand botte größtentheils auf der Blüthe des Ordenshauses. Zu den Ordensconventen strömte eine große Menge von Gebietigen mit zahlreichen Gefinde nach Marienburg, um längere Zeit hier zu verweilen. Die Zahl der Ritter, die zu den Heidenfahrten dem Hochmeister ihren Arm anboten, konnte die Burg schwerlich fassen: sie mußten in der Stadt untergebracht werden. Scharen von gläubigen Wallfahrern pilgerten an bestimmten Feiertagen nach Marienburg, um den kostbaren Reliquien, dem „Heiligthum von Marienburg“, ihre Opfer darzubringen. Auch die Quartierstage der 6 preußischen Hansestädte wurden in dem Rathause von Marienburg abgehalten, wenn gleich die Stadt selbst diesem Bunde niemals angehört hat. Kein Wunder, wenn unter so günstigen Verhältnissen Gewerbe und Kramhandel fröhlich gesieden. Die Handwerker sollen schon von Dietrich v. Altenburg ihre kunstmäßigen Übungen erhalten haben, zugleich auch das Privilegium, in den Kirchen ihre eigenen Kapellen, Altäre und Priester zu halten. Allerdings eine sonderbare Sitte, die aber dadurch an Glaubwürdigkeit gewinnt, daß die Busen, die in den ältesten Rollen der Sankte angezeigt werden, nicht selten auf eine bestimmte Quantität Bachs lauten. Die älteste der erhaltenen Rollen, die der Fleischer vom 3. 1346 weist die respectable Zahl von 36 Fleischbänken auf, die wir gegen das Ende des 17. Jahrhunderts auf die Hälfte reducirt finden, die übrigen Rollen aus der Ordenszeit, wie die der Schuh- und Pantoffelmacher, der Bäcker, der Käschner, ebenso die Bestimmungen der Stadtwillkür deuten auf einen reich gegliederten Gewerbsbetrieb und lebhafte Concurrenz. Die Krone aller Gewerbe war, wie in den andern Städten, ja ich möchte sagen, hier noch in höherem Grade als anderswo, das Bier-

die Abhänger der Präsidenten Carlos, Alphons, Monpensier, als auch die Republikaner haben zusammen nur ein Drittel der bis jetzt gezählten Stimmen für sich, während die jetzt an der Regierung befindliche radikale Partei Borillas über zwei Drittel aller Stimmen verfügt. Das Resultat ist zwar noch kein definitives, doch glauben wir kaum, daß das Verhältnis sich wesentlich ändern wird.

Auch in Amerika meint man, daß die Präsidentenwahl in dem bestehenden nichts ändern, daß das Mandat Grants durch Volksvotum verlängert werden wird. Doch mag dort die Vorabeberechnung weit schwieriger sein und deshalb können wir der Nachricht der "Ag. Hav." nur die Bedeutung einer Vermuthung beilegen.

Deutschland.

△ Berlin, 26. August. Noch immer treten neue Anträge und Wünsche an die Regierung heran, welche eine Befriedigung durch Anweisung auf die französische Kriegscontribution zum Inhalt haben. Der bereits anderweitig erwähnte bezügliche Antrag auf G-währung einer Entschädigung für die auf Schadstellen und in Lazaretten geleistete Hilfe an Verwundete und Kranken seitens der Diaconissenanstalt zu Kaiserswerth und der Diaconissenanstalt zu Duisburg steht keineswegs vereinzelt da. Es sind, wie man hört, auch von anderen Seiten Entschädigungen, wenn auch nicht gefordert, so doch gewünscht worden, wo man sie am allerwenigsten erwartet hatte, weil man die geleisteten Dienste als freiwillige Acte patriotischer Hingebungen ansahen mußte. In den meisten dieser Fälle ist, wie dem Antrage der gedachten Diaconissen-Diaconen-Anstalt gegenüber, seitens des Kriegsministeriums ein abschläglicher Bescheid ertheilt worden, welcher davon ausgeht, daß die Kriegsschädigungsgelder nur in den Grenzen zur Verwendung kommen können, welche das Gesetz im bestimmter Weise vorschreibt. Von gut unterrichteter Seite werden alle die Namen, welche bis jetzt für die Wiederbesetzung des Ober-Präsidiums der Provinz Schlesien genannt worden sind, als unrichtig bezeichnet und es fehlt nicht an Andeutungen, daß sich das Augenmerk auf einen Staatsbeamten lenken möchte, der schon seit längerer Zeit als Kandidat für einen derartigen Posten bezeichnet wird. Es sei hierbei bemerkt, daß der gleichfalls jüngst in Verbindung mit der Ober-Präsidenschaft von Schlesien genannte Landrat Prinz zu Hohenlohe-Ingelsingen damit umgeht, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen. Derselbe konnte um so weniger als ein Nachfolger des Grafen Stolberg angesehen werden, als die Regierung ihn nicht einmal bei der Besetzung des Regierungs-Präsidiums zu Oppeln berücksichtigt hatte. Bekanntlich hatte sich Prinz Hohenlohe als Civil-Commissionarius in Rheims während des Krieges als ein so tüchtiger Verwaltungsbemüter gezeigt, daß sein Rücktritt aus dem Staatsdienste sicher bedauert werden darf. — Heute hat hier auf Anordnung des Polizei-Präsidiums der Abriss der Baracken auf dem Koitbuser Damm zu begonnen. Für Unterbringung der Mobilien der Barackenbewohner wird Sorge getragen werden; wie es um die Unterbringung der Personen steht, scheint noch durchaus eine offene Frage.

Nach dem inspirirten Wiener Correspondenten der "Kaiser. Ztg." wäre für die Dreikaisergesamtkunst eine bestimmt Tagesordnung entworfen, über welche hinaus nach gegenseitigem Vereinommen der drei Cabinets keine Fragen zur Diskussion gelangen sollen.

Die "Nord. Ztg." meldet officiell: "Falls die Gesundheit des Fürsten Bismarck ihm überhaupt erlaubt zu reisen, wird er Anfang September nach Berlin, und von dort zunächst nach Marienburg gehen und stet dann wieder nach Varzin geben."

England.

London, 24. Aug. Die heutigen Dubliner Zeitungen enthalten folgendes Telegramm: In Folge von Gerüchten über eine beabsichtigte Niedermezung der Protestanten in der Bartholomäusnacht in Dickepha sind außerordentliche Vorsichtsmaßregeln getroffen worden. Das Militär war konsigniert, bereit sofort auszurücken, und alle zu Gebote stehenden Constabler bewachten in starken Abtheilungen die Stadt. Die Banken und öffentlichen Anstalten wurden gewarnt, Polizei aus anderen Städten requirierte und gesucht. — Ein Telegramm aus Belfast meldet, daß dort Alles ruhig ist, und daß neue Friedenslösungen nicht zu befürchten seien. Die Polizei

bauen. Es wäre sicher eine interessante und lohnende Aufgabe, den Einfluß des Braugewerbes auf das Städtewesen wie auf die gesamte Nationalökonomie im Zusammenhange nachzuweisen. Noch ausschließlicher als heute in Bayern war die Malzaccise die Grundlage des gesamten Steuerwesens, und es erinnert uns fast an die Bierrevolten in jenem Edorado aller Gambrinusjhöhe, wenn wir in einer Beitragschrift der Marienburger Handwerker vom J. 1443 lesen, wie man die Sittenverbernis jener Zeit, ja selbst schreckliche Wunderzeichen und des Teufels gräßliches Wesen und Treiben darauf zurückführt, daß die Seidel Kleiner und das Getränk schlechter geworden ist. Schon die Stadtwillkür, welche diesem Industriezweige eine besondere Aufmerksamkeit schenkt, nennt außer dem Ordensbrauhaus und der Braugerechtigkeit, deren sich fast jeder angefessene Bürger zum Privatgebrauch zu erfreuen hatte, noch eine Anzahl von gewerbsmäßigen Brauhäusern, deren Betrieb durch das Privilegium der Bannmeile gesichert wurde. Hiernach durfte eine Meile im Umkreise kein Keliger anderes Bier als Starkbier verschaffen. War das Getränk gut, so fand es auch weitere Verbreitung, und wer wollte baran zweifeln, daß das Marienburger Bier damals gut gemesen ist, wenn auch der Name "Rogenjagel", den ihm lustige Ordensbrüder gegeben haben sollen, dies nur unvollkommen ausdrückt. Der Handel Marienburgs war wohl nur auf Krämerie beschränkt. Die Willkür enthält zwei Bestimmungen, die den Getreide- und Holzhandel regeln, dochthat dem ersten die Konkurrenz der Hochmeister, die bedeutenden Getreidehandel trieben, großen Eintrag, und letzter gewinnt vielleicht erst in der Polenzzeit größere Bedeutung. Seit dem Jahre 1380 werden alle Sonnabend Wochenmärkte, und an die Wallfahrtsfeststage werden sich wahrhafte und größere Jahrmarkte angeschlossen haben.

Bei solcher Blüthe des Wohlstandes mußte das Selbstgefühl der Bürger erstarren. Durch den Zinsvertrag vom Jahre 1380 hatte die Stadt gegen Zahlung eines jährlichen Pauschquantums von ca. 360 R. volle Selbstständigkeit der Finanzen und

jedoch ist auf ihrem Posten. Mehrere Verurtheilungen in Folge der Ruheschriften haben bereits stattgefunden, einige Theilnehmer sind mit zwei Monaten Gefängnis bestraft worden.

Danzig, den 27. August.

* [Dreizehnter Congres deutscher Volkswirthe zu Danzig.] Zweite Sitzung am 27. August. Der Vorstehende Dr. Braun eröffnete die Sitzung um 9½ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen. Der erste Gegenstand der Tagesordnung lautet: Arbeiter-Hilfs- und Invaliden-Kassen. Da der von der ständigen Deputation bestellte Referent Prof. Eunninghaus (Karlsruhe) sein Ausbleiben entschuldigt hat, so erstattet das Referat Stadtrath Rickert (Danzig): Die Frage der Arbeiter-Hilfs- und Invaliden-Kassen ist in der letzten Zeit sehr in den Vordergrund getreten. In vielen Communen werde die Freiwilligkeit angeklagt, die Armenpflege zu einer unerschwinglichen Last gemacht zu haben, und nun danach eine Abhilfe verlangt; eine solche würde vielfach in den genannten Kassen erblieben, über deren Entwicklung und gegenwärtige Lage der Redner darauf einen allgemeinen Überblick giebt. Nach der Gewerbeordnung entbindet der Nachweis, einer andern Kasse anzugehören, den Gehilfen u. s. w. von der Pflicht, einer durch Ortsstatut errichteten Kasse beizutreten. Der Reichstag habe schon vor einigen Jahren die Vorlage eines Gesetzes verlangt, welches Normativbedingungen für die Errichtung solcher gewerblichen Hilfskassen aufstelle und die Beitragspflicht regelt; seit 1869 beschäftigt dieser Berlisch den Bundesrat. Inzwischen ist in diesen Kassen Verwirrung eingerissen; der Zustand ist unhalbar geworden; die Communen können ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, mehrere der durch Ortsstatut errichteten Zwangskassen sind eingegangen. Die Zwangspflicht ist stets nur widerwillig ertragen worden und das Institut der Zwangskassen war bei den Gemeinden nichts weniger als beliebt, so daß durch ein preußisches Gesetz von 1854 die höheren Behörden ermächtigt wurden, auch wider den Willen der Gemeinden doch Zwangskassen mit Verpflichtung der Arbeitgeber zum Beitritt einzurichten. Auch dieses Gesetz hat den davon gebetenen Erwartungen nicht entsprochen. Die Frage, ob der Staat das Recht habe, solche Institutionen mit Zwangspflicht einzuführen, erhebt hier gleichzeitig, er besiegt sie prinzipiell unbedingt und erachtet solchen Verpflichtungen an sich für berechtigt. Doch dürfte das Einschreiten der Staatsgewalt nicht provocirt werden, wenn man die Überzeugung habe, daß die Frage auf anderem Wege besser gelöst werde. Buxer fragt es sich: sind Gehilfen und Fabrikarbeiter erweislich dienstig, die vorgugsweise den Gemeinden als unterstützungsbefähigt zur Last fallen, so daß gerade in Betreff ihrer ein solches Spezialgesetz empfehlbar ist; zweitens: haben die bestehenden Zwangskassen sich bewährt? drittens: sobald: wie hoch müssen die Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber normirt werden, um die Communen in der Unterstützungspflicht zu entlasten; und endlich viertens: soll der Staat einen so tiefen Einschnitt in die wirtschaftlichen Verhältnisse vornehmen, und ist die Garantie einer wahrhaft wirtschaftlichen Verwendung der gegenwärtigen Mittel gegeben? Die Staatlichkeit auf diesem Gebiete nur mangelhaftes Material, da die verschiedenen Kategorien der unterstützten Armen bisher nicht genau gesondert sind. In Berlin besteht nur der vierte Theil der Unterstützten aus Männern, drei Vierteltheile aus Frauen und Kindern. Die großen Fabrikstädte seien es nicht, wo die Communal-Armenpflege von den Fabrikarbeitern am meisten in Anspruch genommen werde; die Wittwen, Waisen und einzelstehenden Frauen bilden in Elberfeld den Hauptteil der Unterstützten und noch stärker tritt dies in Danzig hervor. In der Fabrikstadt Elberfeld würden nur 1297 Personen unterstützt; Danzig habe mindestens 5–6000 unterstützte Personen, trotzdem es keine Fabrikstadt sei und das Gesetz über die Zwangskassen hier kaum eine Voraussetzung habe. Die Maßregel sei, wie die Erfahrung lehrt, ganz unzureichend nötig gewesen, da die darunter fallenden Kategorien nicht dienstig seien, welche die Kommune am meisten belasteten; wirtschaftlich würde die Errichtung solcher Zwangskassen nur in Ausnahmefällen gerechtfertigt sein, und hier könne die Abhilfe auf anderem Wege gefunden werden, namentlich durch eine anderweitige Organisation der Armenpflege. Hier

15 Prozent der Bevölkerung, für die der Nachweis des Gerichtswesens erhalten, und durch das Institut der Schülengilde, welches ebenfalls dem Hochmeister von Kniprode seine Entstehung verdankte, lernte sie sich gegen äußere Feinde schirmen und schützen. Freilich blieben auch Luxus und Schwelgerei, sene leidigen Begleiter des Glücks, nicht aus, und vergebens versuchten die Hochmeister durch Verordnungen diesem Unwesen zu steuern. Den eclatantesten Beweis für die damalige Blüthe Marienburgs liefert die Geschichte der Stadt in dem letzten Zeitraum der Ordensherrschaft. Nach der unglaublichen Schlacht bei Tannenberg berührte die lezte Hoffnung auf der Erhaltung des Ordenshauses, und diesem Zwecke mußte die Stadt zum Opfer fallen. An einem Tage wurde die Stätte blühenden Glücks in einen Aschhausen verwandelt, und die achtwöchentliche Belagerung raffte den vier Theil der waffenfähigen Bürgerschaft hin. — Nach 6 Jahren finden wir Marienburg wieder aufgebaut, die Lücken in den Bürgerlisten ausgefüllt und bei Beginn des 13jährigen Krieges ist die Bürgerschaft schon im Stande, dem bedrängten Hochmeister mit einem Darlehn von mehr als 20,000 R. beizustehen. Swat hat auch der Hochmeister für die Stadt Alles, was in seinen Kräften stand, aber diese Kräfte waren gering. Originell sind die Mittel, die er hierzu in Bewegung setzte. Zunächst erließ er eine Verordnung, die noch über das französische Motoratorium hinausging, daß nämlich allen Bürgern der Stadt der dritte Theil ihrer Schulden erlassen werden sollte, und zweitens verheihrathete er die Wittwen der gefallenen Bürger mit unbefriedigten Söldnern und bezahlte damit zugleich seine eigenen Schulden. So kommen wir nun zum Schlusse des ersten Theils unserer Trilogie, der durch seine tiefe Tragik den erhabensten und poetischsten Momenten unserer Geschichte und Geschichtsschreibung beizuzählen ist. Die Pflicht der Treue und Dankbarkeit ist die Idee, für welche die Marienburger Bürgerschaft eintritt, für die sie kämpft und leidet, und in den Vordergrund tritt das erhobene Bild eines Mannes, der, indem er die Interessen der Bürgerschaft dramatisch wirksam in sich concentrirt, zum Helden des Drama's, zum Träger

eines ausnahmsweise Verhaltens in Betreff der Unterstützungsbefähigkeit vollständig fehlt, sei eine Ausnahme-Gesetzgebung wie die über die Zwangskassen unzulässig. Die Communal-Verwaltungen seien entschieden Gegner eines gehässigen Vorrechts für die Gesellen und Fabrikarbeiter. Nach Befreiung der Innungen und des Prüfungszwanges fehle es zudem an einem Werkmal für die Anwendbarkeit des Gesetzes auf die einzelne Person. Die Leistungen der Innungskassen hätten nicht den beim Erlass des Gesetzes im Jahre 1854 ausgesprochenen Erwartungen entsprochen. Der Redner kritisirt die damaligen Auszüge des Abg. Wagener (Neustadt), der in dem Gesetz eine grobe wirtschaftliche und politische Maßregel erblieb. Zunächst sei das Gesetz nur in beschränktem Umfang durchgeführt worden; erst die Hälfte der vorhandenen Gesellen und Arbeiter gehörten solchen Kassen an und davon kommt mehr als ein Fünftel auf Berlin, wo ein solches Gesetz laut offizieller Erklärung unnötig ist. Die aufgebrachten Beiträge seien gegenüber den Armen-Etats der Communen zu unbedeutend: in Danzig auf 100,000 R.: 4000 R., in Elberfeld auf 80,000 R.: 15,000 R. Die Zwangskassen verhindern die Bildung freiwilliger Hilfskassen; der ihnen angehörige Arbeiter glaubt sich nur jeder weiteren Sorge um seine und seiner Familie Crifßen überhoben. Es sei auf die großen Erfolge der Friendly Societies in England hinzuweisen. Die Verwaltung der Zwangskassen verzehrte zu viel von den Beiträgen, ohne Garantie gegen Unterschleife zu bieten. Beim Austritt gehe ferner das Atrecht auf die Einzahlung verloren. Alles in Allem: die Zwangskassen leisten nicht das Erwartete; nur eine übertriebene Aengstlichkeit der Fabrikanten conservire sie. Auf der Bonner Conferenz erklärte sich der Abg. Stumm gegen die freiwilligen Hilfskassen der Arbeiter als „Kriegskassen“; diese Art der Verwendung lasse sich durch das Gesetz verhindern. Solle den Communen wirklich Erleichterung gewährt werden, so müssen auch Invaliden-, Witwen- und Waisenkassen geschaffen werden. Wie viel müßte aber der Staat, um diesen Forderungen gerecht zu werden, von Arbeitern und Arbeitgebern erheben? Der Lohnabzug müßte mindestens 20 bis 25 R. jährlich betragen; ein solcher Abzug empfiehlt sich nimmermehr. Der Staat könnte diese Capitalien nur mit 4 bis 4½ % verzinzen; ganz anders kann der Arbeiter sein Gutbanken in freien Kassen verwenden zum gemeinsamen Ankauf von Consumartikeln, zum Beginn eines selbstständigen Geschäfts, zum Ankauf eines Hauses u. s. w. Man berufe sich auf die für Berg- und Hüttarbeiter bestehenden Knappeschaftskassen, die Erfolge derselben könnten nicht gelegent werden, obwohl auch ihre Leistungen nicht ausreichend seien bei einem Beitrag von 9 Thlr. pro Kopf. Die Lage dieser Kassen sei eine ganz ausnahmsweise wegen der Stabilität der Verhältnisse. Man spreche nun von einer stärkeren Heranziehung des Arbeitgebers; wie kommen diese dazu, über den Lohn hinaus eine gesetzliche Leistung zu übernehmen? Sein Beitrag sei zu Wirklichkeit ein Abzug vom Lohn; das sehen auch die Arbeitnehmer selber ein und wünschen den Beitrag der Arbeitgeber lieber in Gestalt einer Lohnverhöhung zu empfangen. Wo liegt nun aber die Abhilfe der gegenwärtigen Zustände? In der Form der Armenpflege selbst. Der Arbeiter soll volle Freiheit, daneben aber auch volle Verantwortlichkeit für seine Existenz haben, indem ihn die Commune, falls er nicht mehr selber zu erhalten vermöge, in das Arbeitsamt verweist, das allerdings abhändig wirken müsse, um eine rationelle Armenpflege zu Wege zu bringen; also fort mit der Sentimentalität unserer communalen Armenpflege, wobei die Unterstützten oft besser leben als die Unterstützten! Redner empfiehlt dieses Thema zu wiederholter Behandlung auf dem Congress. Der Staat müsse seinerseits Garantie für eine segensreiche Wirklichkeit freier Unterstützungskassen schaffen; in allen Staaten habe man dahin einschlagende Versuche gemacht. In Frankreich habe der Staat die Altersversorgungskasse in die Hand genommen; 39,000 Personen haben dort bisher Renten bezogen, im Durchschnitt 175 Francs pro Jahr und Kopf. In England seien durch eine Bill Gladstone's diese Kassen mit den Poli-Sparkassen verbundet worden, da die Lebensversicherungsanstalten die kleinen Beiträge der Arbeitnehmer nicht annähmen. Der Redner erläutert dies durch statistische Mittheilungen aus der Schweiz. Professor Kinkel habe über die gegenseitigen Hilfsgegenstände der Schweiz aus dem Jahre 1865 berichtet, deren damals 632 mit über 96,000 Mitgliedern bestanden mit 1,529,000 Francs Einnahmen, 1,049,000 Francs Ausgaben. Nur in den seltensten Fällen ist der Beitrag zu diesen Kassen obligatorisch in Folge von Regelungen der Eisenbahndirectionen, Fabrikbesitzer u. s. w., die große Mehrzahl ist freiwillig. Das Sparen sei eine sittliche That; zu einer solchen können man Niemanden zwingen, sie wolle in der Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme der Armut hervor, die Industrie vermindere umgekehrt gerade die Armut; die armen Gemeinden in der Schweiz ziehen in Beziehungen mit einem Schein von Popularität sich beliebten Zwangskassen aus; nur außergewöhnliche Verhältnisse erlaubten einigermaßen diesen Rückschlag. Nicht die Arbeiterbevölkerung rufe die Bedrängnis der Communen durch Zunahme

Bekanntmachung.

Die Ausführung des Neubaus eines Schul- und Organisaus in Probbernau, welcher ausschließlich der Hand- und Spanndienst auf 2850 R. veranschlagt ist, soll am

Freitag, den 6. September er.

Nachmittags 3 Uhr, im Perique'schen Gathause zu Kahlberg an den Mindestfordernden ausgethan werden.

Bauunternehmer werden zu diesem Termine mit der Mittteilung eingeladen, daß der Kostenanschlag und die Bauzeichnungen im Warthause zu Probbernau eingesehen werden können.

Danzig, den 24. August 1872.

Königliches ländliches

Polizei-Amt.

Nothwendige Subhastation.

Das den Erben des am 13. Februar 1872 zu Pusig verstorbenen Apothekers Ludwig Bogeng gehörige, in Pusig belegene, im Hypothekenbuch sub No. 97 verzeichnete Grundstück, soll

am 22. October 1872,

Vormittags 10 Uhr, in Pusig zum Zwecke der Auseinandersetzung unter den Erben in freiwilliger Subhastation versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Bußgelds

am 24. October 1872,

Vormittags 10 Uhr, ebendaselbst verkündet werden.

Es beträgt das Gesamtmaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen des Grundstücks 76 Are 40 □ Meter; der Reinertrag, nach welchem das Grundstück zur Grundsteuer veranlagt worden: 38 R.; Nutzungswert, nach welchem das Grundstück zur Gebäudessteuer veranlagt worden: 75 R.

Der das Grundstück betreffende Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein und andere dasselbe angehende Nachweisungen können in unserem Geschäftsstalle eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite, zur Wirklichkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Rechte gelten zu machen haben, werden hierdurch aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prüfung spätestens im Versteigerungs-Termin anzumelden.

Pusig, den 19. August 1872.

Königl. Kreisgerichts-Commission.
Der Subhastationsrichter. (3480)

Concurs-Eröffnung.

Königliches Kreis-Gericht zu Culm,
Erste Abtheilung.

den 23. August 1872, Vormittags 11 Uhr. Über das Vermögen des Kaufmanns Louis Rosenberg hier selbst ist der kaufmännische Concurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 19. August 1872 festgesetzt.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Rechtsanwalt Preuschoff hier selbst bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 9. September 1872,

Vormittags 11 Uhr, in dem Verhandlungszimmer No. 1 des Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Kommissar Herrn Kreisrichter Gregor anberaumten Termine ihre Erklärungen und Vorläufe über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters, sowie darüber abzugeben, ob ein einstweiliger Verwaltungsrath zu bestellen und welche Personen in denselben zu berufen seien.

Allen, welche vom Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrt haben, oder welche ihm etwas verdanken, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verahfolgen oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände bis zum 1. Novbr. 1872 einschließlich dem Gerichte oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen, und Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebendahin zur Concursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken uns Anzeige zu machen.

Aufgebot.

Der unbekannte Inhaber folgenden an-geblich verloren gegangenen oder vernichteten Wechsels:

d. d. Strasburg, den 5. März 1868

über 300 R., von Reinhold Pawlowski an eigene Orde auf Carl Ustmann in Strasburg Wkr. gezogen, von Carl Ustmann angenommen, am 8. Juni 1868 zahlbar, von Reinhold Pawlowski in blanco girt, wird aufgefordert, diesen Wechsel spätestens in dem vor dem Kreisgerichts-Director Streder

am 28. November er.

Vormittags 11 Uhr, anstehenden Termine uns vorzulegen, widrigsfalls dieser Wechsel für kastlos erklärt werden wird.

Strasburg i. Wkr., 25. April 1872.

Königl. Kreis-Gericht.

1. Abtheilung.

Middle-Park-Lotterie.

Loose à 2 Thlr. sind zu haben in der Expedition dieser Zeitung.

Greifswalder Pferdelotterie.

Ziehung am 6. Sept. d. J. Loose à 1 R. bei J. E. Eckstaedt, F. Iscke in Lauenburg.

Auction über ein Restau-rations-Mobiliar.

Freitag, den 30. August e., Vormittags 9 Uhr, soll wegen anderweiter Vermietung und sofortiger Übergabe der Restaurations-Socitätäten im "Löwen-schloss", Langgasse No. 33; 1 Billard, 1 Buffet, 5 Sofas, 60 Rohrstühle, 25 Tische, 1 Speisetisch, 1 Cylinderbüro, Wäsche-schränk, Goldr. Spiegel, 1 gr. metallene Gambrinus Statue, Sackronen, Gar-dinen, Tafelwäsche und Geschirr, Kücheng-eätz z., gegen gleich baare Zahlung ver-steigert werden. Billard und Buffet kommen 12 Uhr Mittags zum Verkauf.

Nothwanger, Auctionator.



Auction.

Donnerstag, den 29. August, beabsichtige ich aus meiner Verbeschaffung 2 zweijährige und 2 dreijährige br. Hengste, 1 Rapphen, 4 Jahre alt, 4" groß, wie 1 br. litt. Deckhengst, 4 Jahre alt, 7" gr., durch Auction an den Meistbietenden gegen gleich baare Zahlung zu verkaufen.

(3135) P. Andres, Groß-Mausdorf.

In allen Buchhandlungen ist zu haben, in Danzig bei Th. Auhnh, Langen-

Unleitung

Gebrauche d. Seebades

von Fr. Dornblüth,

Dr. med.

10 Sar.

Dieses mit großer Sachkenntniß geschrie-bene Buch wird den Besuchern von Seebädern ein treuer Ratgeber sein.

Ernst Kuhn's Verlag, Rostock.

Jubelfestschrift.

Die Sr. Majestät dem Kaiser zur Säcularfeier Westpr. gewidmete Zeit- u. Kulturgeschichte des Kreises Graudenz, 17½ Pg. gr. Oct. ist erschienen und broch. gegen 1 Thlr. 20 Sar., eleg. geb. gegen 2 Thlr. vom unterzeichneten Verfasser zu bestehen.

X. Froelich, Graudenz, Trinkenstr. 23.

Progymnasium

zu Neumark Westpr.

Das neue Schuljahr an der hiesigen Anstalt, welche die Schüler bis zur Prima vorbereitet, beginnt Mittwoch, den 11. September. Anmeldungen neu eintretender Schüler werden vom Unterrichtsmeister vorzugsweise den 8., 9. und 10. September entgegengenommen. Auch ertheilt derselbe wederwillig jede über Pensionen und der gleichen gewöhnliche Auskunft.

Neumark Westpr., den 21. August 1872.

Der Progymnast-Rector.

Michels.

Der Unterricht im neuen Schuljahr beginnt am hiesigen Gymnasium mit dem 12. September. Die Aufnahme von neuen Böglingen findet zwischen dem 8. und 12. September statt.

Neustadt Wkr., den 23. August 1872.

Dr. Seemann, Director des Königl. Gymnasiums.

Unterricht

in der deutschen, englischen, französischen, italienischen und spanischen Sprache u. Literatur, sowie Correspontenz ertheilt

Dr. Budloff, Koblenzgasse 1.

Schreibe-Unterricht für Erwachsene

ertheilt Wilhelm Fritsch. Meldungen täglich Langgasse 33 im Comtoir bis 3 Uhr Nachmittags.

(125)

Elbinger Lotterie.

Ziehung den 19. September. Verlöfung von Equipagen, Pferden z. Poste à 1 Thlr. sind zu haben in der Exped. d. Ztg.

Specialarzt Dr. Meyer in Berlin heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in der kürzesten Frist und garantirt selbst in den hart-näckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechstunde: Leipziger-strasse 91 von 8—1 u. 4—7 Uhr. Aus-wartige brieflich.

Westpreußische Industrie-Lotterie

in Graudenz.

Ziehung Ende dieses Monats, Poste à 1 R. sind zu haben in der Exped. d. Ztg.

Specialarzt Dr. Meyer in Berlin heilt Syphilis, Geschlechts- u. Hautkrankheiten in der kürzesten Frist und garantirt selbst in den hart-näckigsten Fällen für gründliche Heilung. Sprechstunde: Leipziger-strasse 91 von 8—1 u. 4—7 Uhr. Aus-wartige brieflich.

R. Veltrup, Spracharzt.

Stotternde

werden in 2 bis 3 Wochen in meiner Anstalt geheilt. Honorar wird erst nach erfolgter Heilung beansprucht. Prospectus, Attest-Auszug in deutscher, französischer, englischer und holländischer Sprache gratis und franco.

Burgsteinfurt in Westfalen.

R. Veltrup, Spracharzt.

Aecht persisches Insetten - Pulver diesjähr. Ernte.

Das wirksamste Mittel zur Vertilgung aller dem Menschen lästigen Insetten, in Schäften mit meiner Firma versehen, von 2½ R. an und in Blechbüchsen von 1 bis 3 R., sowie die daraus gezogene und zu demselben Zwecke anwendbare

Insekten-Pulver-Tinktur in Fläschchen von 2½ R. an. Beides in vorzüglicher Güte und mit ausführlicher Gebrauchs-Anweisung.

Die Parfümerie- u. Droguenhändlung en gros und en détail von Albert Neumann,

Langenmarkt No. 38.

Aufträge nach außerhalb werden prompt ausgeführt.

(9887)

Palmölkuchen,

im Futterwerth von Lebkuchen und besonders zur Fütterung von Milchvieh empfohlen. Werth empfiehlt und nimmt Lieferungsaufträge entgegen.

F. W. Lehmann,

(2922) Mälzergasse No. 13 (Fischerthor).

ULLMAN-CONCERT.

Donnerstag den 10. October 1872.

Mit Bezugnahme auf die vorläufige Anzeige, daß die Concert-Gesellschaft aus einer ungewöhnlich großen Anzahl von Künstlern ersten Ranges bestehen wird, erlaube ich mir hiermit deren Namen zu veröffentlichen, und glaube, daß man mich nicht der Uebertreibung beschuldigen kann, wenn ich fest behaupte, daß eine ähnliche Zusammenstellung niemals in solcher gradezu verschwenderischen Ausdehnung in dieser Stadt ins Leben gerufen wurde.

Marie Monbelli, erste Sängerin der königl. ital. Oper in London.

Amalie Franchino, erste Sängerin der großen Oper in Paris.

Anna Begaa, Kammersängerin der Großfürstin Helena.

Camillo Sivori, Violin-Virtuos aus Genua.

Bassel Joseffy, Klavier-Virtuos aus Berlin.

Jules de Swert, königl. preußischer Concertmeister aus Berlin.

A. de Vroye, Flöt-Virtuos aus Paris.

Leiter des Concertes: Kapellmeister Richard Metzdorf.

Concert-Flügel von Julius Blüthner aus Leipzig.

Eine geprüfte Celloistin, n. d. die 9 vier-Unterricht erhalten kann, wird für Mädchen von 8—10 Jahren auf dem Lande zu sofortig gefügt.

Gef. Adressen mit Angabe der Bedingungen erbeten in der Exped. d. Ztg. unter 3420.

Ein junger Mann,

Eisenhändler, mit dieser Branche vollständig vertraut, der lange Zeit in einem der größten Geschäfte Thorns gearbeitet, der polnischen Sprache mächtig ist, sowie mit Buchführung vertraut, sucht vom 1. October cr. oder später Engagement. Auf Verlangen periodische Vorstellung. (3344)

Bei meiner Hypothese ist eine Lehrlingsstelle zu besetzen.

Danzig.

Neuenborn.

Ein mit guten Zeugnissen versehener und mit der Buchführung vertrauter junger Mann mit guter Handschrift findet bei soliden Ansprüchen Stellung in einem in einer mittleren Provinzialstadt belegenen Material-Geschäft.

Meldungen nehmen die Herren Herrmann & Lefeldt in Danzig entgegen.

Eine anständige gebildete Dame, die sich in allen Lagen des Lebens zu finden weiß, sucht Stellung als Gesellschafterin, Wirthin, Repräsentantin oder Stütze der Haushalt, oder auch eine annehmbare Stelle in einem größeren Geschäft. Adressen werden erb. H. S. poste restante Neustadt Westpr.

Ein junger Mann, Materialist, auch mit der alten Distillation vertraut, wünscht engagiert zu werden und erbittet Adressen unter 3518 in der Exped. d. Ztg.

für

Fabrikanten, Engroisten wünscht ein verheiratheter erfahrener älterer Kaufmann, Christ, als Reisender, rep. Stadtreisender, Agent, gegen Provision sich zu interessiren. Keine Referenzen zu Diensten. Offerten 3206 in der Exped. d. Ztg.

Für unter Tuch- und Modewaren-

Geschäft suchen von sofortig oder 15.

September cr. tüchtige Verkäufer. Persönliche Vorstellung erwünscht.

Meyer Kadisch Söhne,

(3526) Graudenz. Zwei Lehrlinge sucht für das Material- und Eisenwaren-Geschäft zum sofortigen Antritt Th. Nicolaus, Dirschau.

</div